Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 2

Artikel: Leben und leben lassen... : Ungarn in den siebziger Jahren
Autor: Gosztony, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162962

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schafter darauf besteht, Liberalismus und Sozialismus als Gegensätze aufzufassen. Er sieht die einfache Tatsache nicht: je mehr eine Gesellschaft von jedermanns schrankenloser Freiheit, zu tun, was ihm beliebt, verwüstet wird, desto konfuser wird der Staat, desto mehr verfällt er dem Bürokratismus.

Die Folge ist des Bürgers Verlust an Interesse und Sorge – für ihn um so tragischer, als er weiss, dass er zunehmend unter dem gesellschaftlichen Chaos leiden wird, unter den aus den Fugen geratenen Institutionen, der moralischen Freizügigkeit und schliesslich unter dem Staat selbst, der seine Grenzen überschreitet. Beim Zusammenbruch der Institutionen und gesellschaftlichen Normen kennt der Staat seine ursprünglichen Grenzen nicht mehr. Im heutigen England diskutieren apolitische Büroangestellte offen die Vorteile der Diktatur als einer Alternative zur Anarchie. In Italien bewirbt sich der Extremismus offen um die Macht, da er die Hilflosigkeit der Bürger wohl richtig erfasst hat. Heute nehmen die Menschen überall als *Tatsache* wahr, was sie sich vor einem Jahrzehnt nicht einmal als Möglichkeit vorzustellen wagten. Die Aufklärung ist vorbei. Voller Erwartung, gemischt mit Angst, betreten wir ein neues Zeitalter.

PETER GOSZTONY

Leben und leben lassen... Ungarn in den siebziger Jahren

Der «Kádárismus»

Es ist still geworden um Ungarn. Wenn westliche Berichterstatter die Volksrepublik an der Donau besuchen, sind ihre Reportagen voll von stereotypen Feststellungen über die Schönheit der Landschaft, die lebensfrohen Budapester, die Geschäfte mit grossem Warenangebot und im allgemeinen über das pulsierende Leben in Ungarn, in dem man auch Platz für individuelle Freiheit findet. «Gulyás-Kommunismus» nannte man Kádárs Weg zum Sozialismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Und noch früher, unmittelbar nach der Generalamnestie, mit der man 1962 ver-

suchte, nach dem Oktober-Aufstand das Volk wieder mit der Partei zu versöhnen, war dieser Slogan des Parteichefs das massgebende Leitmotiv: «Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns.»

Ungarn ist seit November 1956 wieder ein fester Bestandteil des von Moskau geführten Sowjetblocks. Keine Abweichung von der «grossen Linie», stets sofortiges Treuebekenntnis an die Adresse des Kremls, wenn die Lage es erfordert, Ergebenheit in politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Belangen gegenüber der Sowjetunion kennzeichnen in groben Zügen die Politik, die zwar Ungarns Lage in Osteuropa festlegt, aber dafür sowohl in wirtschaftlicher wie auch (sachte, sachte!) in politischer Hinsicht den Magyaren einen beachtlichen Spielraum zusichert. Dieser «Kádárismus» (wie sollte man es anders nennen?) ist nicht neu in der ungarischen Geschichte: Als Siebenbürgen im 16. und 17. Jahrhundert – um zu überleben – zeitweilig Vasall der Pforte wurde, schlugen die ungarischen Fürsten einen ähnlichen Weg ein. Und auch nach 1849, in der Zeit des Absolutismus, nach der Niederwerfung Kossuths, der den Freiheitskampf gegen das Haus Habsburg führte, erkaufte das offizielle Ungarn die Überlebenschancen als Nation mit seiner politischen Ergebenheit gegenüber dem Wiener Kaiserhof ...

Elastische Planwirtschaft

Die wirtschaftlichen Grundlagen des jetzigen Regimes wurden eigentlich in den sechziger Jahren gelegt. Sie beruhen auf einer beinahe total verstaatlichten Landwirtschaft und auf der Neuen Ökonomischen Politik, die der Industrie und dem Handel mehr Selbständigkeit und Initiative – im Rahmen einer zentralen Planwirtschaft sozialistischer Prägung – ermöglichte und die seit ihrem fünfjährigen Bestehen zweifelsohne Erfolge für sich buchen konnte. Sowohl in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) als auch in der Industrie achtet man darauf, dass die Beschäftigten dank verschiedener Prämien an der Produktion interessiert sind – obwohl in Ungarn heute noch die Regel gilt, dass man eine Familie mit nur *einem* Lohn nicht ernähren kann.

Bei der schrittweisen Umgestaltung der Organisation von Industrie und Handel gab es im Aussenhandel eine wesentliche Neuerung. Viele Unternehmen haben heute die Möglichkeit, ihre Handelsbeziehungen mit westlichen Firmen selbst aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Eine Statistik besagt, dass 1971 mindestens 71 staatliche Unternehmungen volle Aussenhandelsrechte erhielten, 120 hingegen noch von ihren Behörden bevormundet und nur teilweise über eine gewisse Selbständigkeit im Westhandel ver-

fügen. Der Trend, die ungarischen Firmen direkt mit ihren westlichen (oder auch östlichen) Handelspartnern verhandeln zu lassen, zeigt sich auch in der Zahl der dienstlich ins Ausland reisenden Wirtschaftsvertreter, einer Zahl, die innerhalb von zwei Jahren von 1200 (1967) auf über 3000 stieg.

Unter den kommunistisch regierten Ländern Osteuropas, die eine eigene Stelle für die industrielle Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen erhielten, hat Ungarn den ersten Platz inne. Eine ganze Anzahl ungarischer Industriebetriebe besitzt heute das Recht, direkte Beziehungen zum westlichen Markt aufzunehmen. Anfangs der siebziger Jahre errichtete man im Lande einige gemischte Betriebe, in denen der Anteil Ungarns am gemeinsamen Kapital mindestens 51% betragen musste. Das ungarisch-österreichische Handelsabkommen von 1971 führte die konvertible Währung ein, um die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem einzigen kapitalistischen Nachbarn der Volksrepublik noch mehr zu intensivieren. Das Volumen des Warenaustausches Ungarns mit der Welt war 1972 wie folgt aufgegliedert: Kapitalistische Staaten 27,9%; sozialistische Staaten 67,9%; Entwicklungsländer 4,2% – wobei betont werden muss, dass die Handelsbeziehungen mit dem Westen aus politischen Gründen 30% nicht übersteigen dürfen, da – wie man in einem Grundsatzartikel 1967 in der «Társadalmi Szemle» festlegte – dann «die Gefahr einer Abhängigkeit vom Kapitalismus bestehen könnte».

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns eng verbunden ist auch eine inflationistische Tendenz, die seit Jahren zu beobachten ist. Fachleute bringen dies mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in der Welt in Zusammenhang. Offiziell wird ein solcher Trend zwar nicht zugegeben, obwohl 1972 die Verbraucherpreise um 3% stiegen und 1973 die Teuerungsrate 3,6% betrug. Für das Jahr 1974 spricht man bereits von einer vierprozentigen Teuerung.

Unverminderte Moskauabhängigkeit

Ob die ungarische Wirtschaft ihrer relativen Freiheit sich weiter erfreuen und zugleich den Lebensstandard erhöhen kann – dies hängt in erster Linie von der Konzessionsbereitschaft Moskaus ab. In den letzten Jahren trübte keine Wolke das sowjetisch-ungarische Verhältnis auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Differenzen auf politischer Ebene sind ebenfalls unbedeutend, nach der Devise: «Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gebührt!» Die ungarische Volksrepublik unterstützt alle aussenpolitischen Aktionen des Kremls nach Kräften – wenn auch nicht immer mit Begeisterung. Die Angriffe gegen die «Maoisten» werden im Budapester Parteiorgan «Népsza-

badság» genau so heftig geführt wie in der Moskauer «Pravda». Die Volksrepublik unterstützt «die gerechte Sache der Araber» im Nahen Osten vorbehaltlos, und als vor einiger Zeit in der Sowjetunion die Pressepolemik gegen Solschenizyn lanciert wurde, fand man ähnliche Attacken auch in der ungarischen Presse. Sollte sich der ungarische UNO-Vertreter jemals bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu Wort melden, kann man sicher sein, dass er nur die Anliegen der Sowjetunion unterstützen will. Als voriges Jahr in Wien bei der West-Ost-Runde über den teilweisen Abbau der militärischen Präsenz fremder Truppen in Europa verhandelt und dabei auch die Sowjetdivisionen in Ungarn erwähnt wurden, die eigentlich aus dem Lande abzuziehen wären, protestierte der Sowjetvertreter dagegen, und dieser Protest wurde auch von ungarischer offizieller Seite kräftig unterstützt nach der Devise: «Das ist unsere innere Angelegenheit, die niemanden etwas angeht!» («Néphadsereg», Nr. 48/1973.)

Militärische Präsenz der Sowjetunion

Eines der Tabus im heutigen Ungarn ist zweifellos die Präsenz der Sowjetarmee im Lande. Eigentlich befinden sich seit *dreissig Jahren* russische Truppen in Ungarn. Und was im Herbst 1956 eine gerechte Forderung des gesamten ungarischen Volkes – einschliesslich der Kommunisten mit János Kádár an der Spitze! – war, nämlich, dass die fremden Besatzungstruppen abziehen sollten, hat auch in den siebziger Jahren an Aktualität nichts eingebüsst. Die «zeitweilig in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen» – so die offizielle Bezeichnung – gehören zur sowjetischen Heeresgruppe Süd und sollen vier Divisionen mit vielen mechanisierten Verbänden sowie starke Fliegereinheiten umfassen. Ihre wirkliche Zahl und Stärke ist jedoch unbekannt. Die Sowjetsoldaten unterstehen zwar de jure einer ungarischen Gerichtsbarkeit, aber es ist noch *nie* vorgekommen, dass ungarische Gerichte Rotarmisten wegen Vergehen bestraft hätten.

Nach neuesten Anordnungen haben die Offiziere und Generäle der Sowjetarmee, die im Rahmen des Warschauer Paktes in Ungarn weilen, Diplomatenrechte, das heisst sie geniessen in jeder Hinsicht politische Immunität. Dies hat aber keine praktischen Folgen, da die Führung der Ungarischen Volksarmee fest in den Händen des Oberkommandos des östlichen Militärbündnisses liegt, das im ungarischen Verteidigungsminister, dem moskautreuen Generalobersten Lajos Czinege, einen ergebenen Befehlsempfänger hat. Czinege, der 1962 als Parteifunktionär das Amt des Verteidigungsministers übernahm, hätte schon längst abtreten sollen. Sein an Skandalen reiches Privatleben veranlasste die ungarische KP-Führung

bereits mehrmals, gegen ihn Verfahren einzuleiten: man erwog sogar seinen Ausschluss aus der Partei – aber die sowjetischen Militärs retteten Czinege jedesmal, wenn es um dessen Karriere ging.

Dass Ungarn für die Russen militärpolitisch äusserst wichtig ist – und ihnen deswegen an einem bewährten Verteidigungsminister so viel gelegen ist – zeigte unter anderem auch der Nahost-Konflikt im Oktober 1973. Die Luftbrücke der Sowjets nach Damaskus und Kairo erfolgte ausser über Kiew auch über Ungarn, wobei das Vértes-Bakony-Gebirge in Westungarn als Sammelstelle des nach dem Nahen Osten zu transportierenden Kriegsmaterials diente. Es war sicherlich kein Zufall, dass im September 1973 grosse, von sowjetischen und ungarischen Truppen durchgeführte Manöver in Westungarn («Vértes '73») stattfanden, die unter anderem auch dazu dienen konnten, sowjetische Panzerverbände mit umfangreichem Kriegsmaterial ohne Aufsehen nach Ungarn zu verlegen. Erst im Dezember 1973 gab die ungarische Parteipresse versteckt in einem Artikel der «Népszabadság» bekannt, dass im Oktober auch die ungarische Volksarmee wegen des Nahost-Krieges in Bereitschaft versetzt worden sei, wobei den Verantwortlichen des Landes sicherlich bewusst gewesen ist, dass, im Falle einer Ausdehnung des Krieges zu einer West-Ost-Konfrontation (diese Gefahr war keineswegs theoretisch!), einer der ersten Atomschläge der NATO dem sowjetischen Aufmarsch und Kriegsarsenal in Westungarn gegolten hätte!

Privates Wohlstandsbedürfnis

Die Probleme des Alltags sind in Ungarn mannigfaltig und hängen keineswegs mit politischen Fragen zusammen. Es geht in erster Linie um ökonomische Dinge. Die Menschen wollen besser leben, sie blicken nach Westen und machen zurzeit dieselbe Entwicklung in ihrem privaten Bereich durch, die im Westeuropa der fünfziger Jahre Mode war. Vorerst kam auch in Ungarn das Auto, der Wunschtraum vieler Familien! Obwohl der Erwerb eines PKWs nicht gerade für jeden erschwinglich und dazu nicht ohne weiteres möglich ist (man muss bei vielen Automodellen lange Lieferfristen in Kauf nehmen!), zählt man heute in Ungarn beinahe 400000 Personenwagen in privatem Besitz, das heisst jeder 28. Staatsbürger verfügt über einen PKW. (Laut Statistiken entfällt jeder vierte Wagen auf einen Industriefacharbeiter.) Die Unterhaltskosten belasten dabei das Familienbudget ernstlich, da man ausrechnete, dass die jährliche Aufwendung – ohne Amortisation! – etwa 10000 Forint in Anspruch nimmt (zum Vergleich: das Gehalt eines Ingenieurs in mittlerem Dienst beträgt monatlich brutto 3000 Forint).

Ab 1968/69 kam die zweite Welle der «Lebensfreude»: die Westreisen. Ein einigermassen liberales Passgesetz erlaubte den Reisefreudigen, theoretisch jedes zweite Jahr Ferien im westlichen Ausland zu verbringen. Und diese Genehmigung – ein Unikum im Ostblock – wurde auch dann nicht eingeschränkt, als Hunderte von Touristen die Rückkehr in die Heimat verweigerten und im Westen blieben. Natürlich kosten solche Reisen viel Geld. Mit *einem* Lohn kann man weder ein Auto kaufen, noch nach Österreich reisen. Wir erwähnten schon, dass in einer ungarischen Familie jedes Mitglied – soweit es sich nicht um Kinder beziehungsweise Schulpflichtige handelt – mitarbeitet. In den siebziger Jahren wurde in Sachen Geldverdienen noch eine neue Möglichkeit entdeckt: die Zweitstellen. Neben der ordentlichen täglichen Acht-Stunden-Arbeit haben diejenigen, die mehr Geld verdienen wollen, andere «jobs» angenommen, sei es manuelle Arbeit oder technische Beschäftigung bei halbprivaten beziehungsweise Genossenschaftsunternehmungen. Diese Form der Aufbesserung des Familienbudgets ist zwar in den anderen osteuropäischen Staaten auch bekannt, aber nur in Ungarn erlaubt und weit verbreitet – obwohl dies in krassem Gegensatz zu den Gesetzen der Volksrepublik steht, nach denen ein Werktätiger pro Tag nicht mehr als acht Stunden arbeiten soll.

Anfangs der siebziger Jahre wurde der Erwerb von kleineren Grundstücken beziehungsweise Wochenendhäusern in Ungarn grosse Mode. Besonders Angehörige der Intelligenz folgten diesem Trend, und die beliebtesten Orte wie Plattensee und Donauknie waren sehr schnell «ausverkauft». Die Wochenendhäuser werden entweder aus Österreich und Finnland importiert oder in Ungarn selbst von Privathandwerkern hergestellt.

Privilegierte «neue Klasse»

Zweifelsohne gehören jene Kreise, welche sich einen solchen *Luxus* erlauben können, zu der sogenannten «neuen Klasse», die heute in Ungarn stark verbreitet ist. Zu ihr zählt man keinesfalls nur Parteifunktionäre, die Mehrzahl gehört vielmehr zur technischen Intelligenz oder zur Wirtschaftselite der Volksrepublik. Sie sind die eigentlichen Lenker der ungarischen Wirtschaft und verdienen überdurchschnittlich gut, manchmal sogar mehr als die Minister. Mit wachsendem ökonomischem Wohlstand wurde nun bei der «neuen Klasse» auch der Drang nach Titel und Würde bemerkbar. Merkwürdigerweise griff dies auch auf die Partei über. Vor dreissig Jahren, nach der Abschaffung des Halbfeudalismus in Ungarn, bestand man mit Recht darauf, dass Titel und Orden, Bestandteil des «alten Ungarn», für immer der Vergangenheit angehören sollten. In den siebziger

Jahren besitzen die verdienten Staatsbürger der Volksrepublik wieder viele Orden und Auszeichnungen. Die Ministerien haben «Staatssekretäre» und «stellvertretende Minister» in verschiedenen Zahlen. Noch nie widerfuhr dem Doktor-Titel so grosse Ehre wie im Budapest von heute. Anfangs 1974 nun bestimmte eine Anordnung des Ministerrates die Wiedereinführung der Titel «Rat» und «Oberrat» (vor 1945 hiess es «Regierungsrat» und «Oberregierungsrat»), die in der staatlichen Verwaltung als *persönliche Titel* der Betreffenden gelten und auch nach der Pensionierung beibehalten werden dürfen.

Vorrangiges Problem: Wohnungsnot

Eines der grössten echten Probleme ist in Ungarn jedoch die Wohnungsnot. In den vergangenen Jahrzehnten gelang es keineswegs, dafür eine Lösung zu finden, obwohl man – besonders unter Kádár – enorme Anstrengungen unternommen hat. Zwischen 1949 und 1968 baute man in Budapest 156000 neue Wohnungen, und gerade in diesen Tagen wurde die 100000. Wohnung in der Hauptstadt übergeben, die in der Zeit zwischen 1969 und 1973 errichtet worden war. Aber es fehlen noch immer Hunderttausende von Wohnungen, wobei geplant ist, dieses Problem bis 1980 zu lösen.

Ende 1972 betrug die Zahl der auf eine Wohnung wartenden Familien 218000, davon in Budapest 106000. Dagegen werden jährlich nicht mehr als 15000 bis 20000 Wohnungen gebaut. Davon wiederum wird nur ein Drittel den notleidenden Staatsbürgern abgegeben. Ein weiteres Drittel bleibt für «andere Zwecke» reserviert (Parteiveteranen, Mitglieder der «neuen Klasse» oder für in Ungarn lebende Ausländer usw.) oder wird für diejenigen bereitgehalten, deren Wohnungen abbruchreif und daher zu ersetzen sind. Bis dahin muss sich der einfache Staatsbürger mit den primitivsten Lösungen zufrieden geben (ganze Familien wohnen in einem Zimmer!), was besonders die Jungen vor äusserst schwere Probleme stellt, da zu einer Ehe eine Wohnung gehört, eine Wohnung, die der Staat nicht bieten kann.

Schwer beeinflussbare Jugend

Problem Nummer zwei ist die Jugend. An den Hochschulen Ungarns besteht schon seit Jahren ein Numerus clausus, der die Bewerber zwar nicht mehr nach ihrer sozialen Abstammung auswählt (massgebend sind die Ergebnisse der Matura und diejenigen der Aufnahmeprüfungen), aber trotzdem stark selektioniert. Ohne Hochschulstudium ist aber der Weg nach

«oben», zu den gutbezahlten Stellen, für die Jungen versperrt ... Die Partei unternimmt grosse Anstrengungen, um die Jugend für sich gewinnen zu können. Die staatliche Jugendorganisation KISZ ist jedoch nicht fähig, die ihr gestellten Aufgaben einigermassen zu bewältigen. Die atheistische Beeinflussung der Jugendlichen zeitigt keine grossen Ergebnisse, und auch die Erziehung zum proletarischen Internationalismus schlägt fehl. Dagegen ist der beim Regime verpönte Nationalismus nicht auszurotten. Dies bewiesen zum Beispiel die spontanen Demonstrationen der Budapester Jugend anlässlich des grössten ungarischen Nationalfeiertages am 15. März 1972 und 1973, als die zentralorganisierte Versammlung demonstrativ unterbrochen wurde und die Jugendlichen mit eigenen Parolen und nationalen Fahnen durch die Stadt zogen – bis die Polizei brutal eingriff und der Kundgebung ein Ende bereitete.

Partei und Bevölkerung

Die Partei selbst hat auch interne Schwierigkeiten: sie ist noch weniger als in der Vergangenheit fähig, ihre Mitglieder für ihre Politik zu begeistern. Die Parteiversammlungen werden mechanisch abgehalten, man zahlt Beiträge und hört geduldig den Redner an, aber von Initiativen oder Anregungen, sei es politischer oder wirtschaftlicher Natur, hört man kaum. *Zwischen Volk und Parteileitung herrscht eigentlich ein stillschweigender Burgfriede.* Wie uns kürzlich ein Privatgespräch mit einem namhaften Parteiveteranen deutlich machte, geht jeder seinen eigenen Weg (im Rahmen der Möglichkeit!) und stört die anderen in ihrer Tätigkeit nicht. Heute ist in Ungarn niemand gezwungen, aktiv an der Politik teilzunehmen; diese Betätigung übernimmt die Parteileitung selbst, und sie versucht, wiederum im Rahmen der Möglichkeit, das beste daraus zu machen – auch im Interesse der Gesamtbevölkerung.

Unter den Parteiführern ist nach wie vor Kádár beliebt, der aber in den letzten Jahren sehr alterte und sich, als Folge seiner Kerkerzeit unter Rákosi, nicht gerade bester Gesundheit erfreut. Der 61jährige würde gerne von seinem Amt zurücktreten, aber es gibt in der Parteileitung keinen geeigneten Nachfolger, der bei der Bevölkerung einige Popularität geniessen würde. Zwei Kandidaten, die für den Posten eventuell in Frage gekommen wären, waren letztes Jahr vom Unglück verfolgt: der Wirtschaftsexperte und stellvertretende Ministerpräsident, Péter Vályi, fiel während eines Fabrikbesuches in eine heisse Eisengrube und erlitt tödliche Verbrennungen, während Zoltán Komócsin, ZK-Mitglied und Chefideologe, seit Monaten in einer psychiatrischen Klinik behandelt wird und,

laut Aussagen von Eingeweihten, nur geringe Aussichten auf eine völlige Genesung hat.

Ungewisse Zukunft der «kleinen Freiheiten»

Was birgt die Zukunft für Ungarn in sich? Das Fragezeichen ist berechtigt, denn das jetzige Regime wird zweifellos von Kádár geprägt, dessen Rücktritt auch das Ende der «kleinen Freiheiten» zwischen Donau und Theiss bedeuten könnte. Wie es weitergeht, hängt in erster Linie vom Kreml ab und vor allem von der allgemeinen politischen Entwicklung in Osteuropa. Eine wichtige Rolle spielt dabei vor allem Jugoslawien, das bekanntlich im Norden an die Ungarische Volksrepublik grenzt und das bisher seine Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion unter dem immerhin bereits 82jährigen Tito erfolgreich verteidigt hat. Solange sich aber keine Änderung in der innen- und aussenpolitischen Konstellation des Budapester Regimes vollzieht, lebt der ungarische Staatsbürger vornehmlich für «heute» und geniesst seine «kleinen Freiheiten», die für uns im Westen so selbstverständlich, aber im Ostblock, bei den Nachbarn Ungarns, Gegenstand von Neid und Sehnsucht sind.

*

Dieser Bericht über Ungarn wurde Mitte März 1974 geschrieben und abgeschlossen. Die personellen Änderungen im Führungsgremium der Volksrepublik, die Ende März 1974 in Budapest vorgenommen wurden, konnten somit nicht mehr berücksichtigt werden. Die Umbesetzungen in höchsten Partei- und Regierungsstellen ändern aber das geschilderte Ungarnbild keinesfalls grundlegend. Eine Korrektur im Bericht erscheint daher überflüssig.